

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

VORABDRUCK



Der längste Streik in der Geschichte der Berliner Metallindustrie: Belegschaft von CNH seit neun Wochen im Ausstand

Auch in Berlin ist die Bereitschaft von Belegschaften gewachsen, sich mittels Streik gegen die geplante Verlagerung der Produktion zur Wehr zu setzen. Das Vorgehen entspricht dabei der Taktik, wie sie bei AEG Nürnberg als auch in anderen Konflikten der jüngsten Vergangenheit eingesetzt wurde: Mit der Aufstellung von tariffähigen Forderungen (Ergänzungstarifvertrag) wird der Rahmen geschaffen für einen legalen Streik durch die IG Metall. Die hohen Kosten, die bei einer Durchsetzung des Ergänzungstarifvertrags entstünden, und der zugleich entstehende öffentliche Druck sollen die Konzerne zur Rücknahme ihrer Schließungspläne bewegen. In Berlin wurde so schon bei der angekündigten Schließung des Bosch/Siemens/Hausgerätekwerkes (BSH) verfahren – mit Erfolg. Die angesetzte Urabstimmung und ein drohender Streik bewogen Siemens im Vorfeld der Bundestagswahlen, die beabsichtigte Verlagerung der Produktion (zunächst?) auszusetzen (Arbeiterpolitik Nr. 5/2005).

Als am 21. Februar 2006 über 400 Kolleginnen und Kollegen der CNH Baumaschinenfabrik GmbH in den Ausstand traten, wussten sie, dass ihnen eine harte Auseinandersetzung bevorstehen würde. Dass ihr Arbeitskampf allerdings zum längsten Streik in der Geschichte der Berliner Metallindustrie werden würde, hat damals niemand geahnt. Vor fast neun Jahrzehnten, 1919, fand der bisher längste Ausstand

statt. Er dauerte 55 Tage. In den vergangenen Wochen hat eine kleine Belegschaft Großes geleistet. Doch zunächst zur Vorgeschichte.

Wir sind O&K, wir bleiben hier, dafür streiken wir!

CNH verkörpert ein Stück Berliner Industriegeschichte. Die Baumaschinenfabrik wurde vor 130 Jahren, am 28. Januar 1876, von Benno Orenstein und Artur Koppel (O&K) gegründet. 1998 wurde das Spandauer Traditionsunternehmen von der Fiat-Tochter »New Holland« übernommen. Es erhielt, nachdem Fiat auch die amerikanische »Case Corporation« geschluckt hatte den Namen »Case New Holland« (CNH). Vor knapp zwei Jahren wurde der neue Werkleiter Dr. Schröder eingestellt. Dieser hatte sich bereits als Abwickler des CNH-Werkes in Neustadt bei Dresden im Sinne des Unternehmens bewährt und die Schließung des Betriebes ohne nennenswerten Widerstand über die Bühne gebracht. Im November 2005 gab Schröder bekannt, dass die Produktion in Berlin Ende Juli 2006 nach Italien verlagert werden soll. Nur Konstruktion, Technische Erprobung und Versand sollten in Berlin verbleiben, über 400 der 590 Arbeitsplätze wären damit vernichtet.

Seit November 2005 haben sich die Belegschaft und die Berliner IG Metall in Diskussionen und durch verschiedene

Aktionen – lang andauernde Betriebsversammlungen, Kundgebungen, etc. – auf den bevorstehenden Streik vorbereitet. Dabei galt es auch, einen Rahmen zu schaffen, der es der IG Metall erlauben würde, einen tariflich abgesicherten Streik zu führen. Denn ohne Streikunterstützung ist momentan keine Belegschaft bereit und in der Lage, einen längeren Ausstand durchzustehen. Die am 16. Februar 2006 stattgefundenen Urabstimmung erbrachte bei einer Wahlbeteiligung von 96 Prozent eine Zustimmung von 92 Prozent für den Streik.

»Die Kernforderungen des Ergänzungstarifvertrages sind:

- Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen für 24 Monate unter Fortzahlung der Vergütung.
- Die Firma trägt die Kosten der Qualifizierungsmaßnahmen
- Eine Abfindung in Höhe von 3 Monateinkommen pro Beschäftigungsjahr zahlbar brutto für netto zuzüglich eines Grundbetrages sowie eines Erhöhungsbetrages für Unterhaltspflichten und Schwerbehinderung.
- Für Auszubildende soll die Firma die Kosten für die Beendigung der Ausbildung in einem anderen Betrieb und die Kosten für die einjährige Beschäftigung nach der Ausbildung tragen, ersatzweise eine entsprechende Abfindung zahlen.« (Website des Betriebsrates)



Der Beginn des Streiks

Der Ausstand begann am 21. Februar mit einer Lektion für den Werkleiter Dr. Schröder. Ausgerüstet mit einem Bolzenschneider versuchte er sich durch eines der Nebentore – es war mit einer Kette verschlossen – Zugang zum Betrieb zu verschaffen. Der Versuch scheiterte an seinen mangelnden handwerklichen Fähigkeiten. Das »Schröder-Tor« wurde zum Symbol. Ohne die Erfahrungen und das Können der Belegschaft sollte innerhalb des Werkes für die nächsten Wochen nichts laufen. Dr. Schröder musste sich der Dienste der Justiz bedienen, um sich und den Streikbrechern den Weg in das Firmengelände zu ebnet. Doch dazu später.

Da absehbar war, dass der Streik nicht innerhalb weniger Tage zu einem Ergebnis führen würde, galt es von Anfang an, den Ausstand gründlich zu organisieren. 400 Kolleginnen und Kollegen mussten schließlich ein großes Werksgelände und drei Tore rund um die Uhr bewachen. Sechs Stunden Streikschicht vor einem der Tore und eine fast täglich stattfindende Streikversammlung gehören seither zum Tagesablauf der Belegschaft. Doch dabei blieb es nicht. Hinzu kamen zahlreiche Veranstaltungen, Besuche, Demonstra-

tionen, das Verteilen von Flugblättern vor Einkaufszentren und die Unterstützung anderer Metaller bei den Ende März angelaufenen Warnstreiks. Der Ausstand kostet allen Beteiligten mehr Zeit und Nerven als der gewöhnliche Arbeitsalltag; doch die Gemeinsamkeit und die Solidarität von außen sollten die Mühen und Anstrengungen wettmachen. Die gewerkschaftlichen und politischen Erfahrungen ließen die Belegschaft und viele Unterstützer in den letzten Wochen zusammenwachsen.

Recht und Gerechtigkeit

Nach über einer Woche zeigte der Streik erste ökonomische Wirkungen. Die Firmenleitung, durch Liefertermine unter Druck, zog vor das Arbeitsgericht. Die IG Metall stimmte einem Vergleich zu, um einem gegen sie gerichteten Urteil abzuwenden.

»Die gerichtlichen Auflagen in Kürze:

Alle Sperrvorrichtungen (Schlösser, Zwingen etc) müssen entfernt werden. Eine Drittfirma wird auf Kosten der IG Metall beauftragt, die Schlösser zu entfernen – die Vertreter der Belegschaft haben sich geweigert Hand anzulegen.

Es muss eine 5,5 Meter breite Gasse als Zu- und Abfahrt vom Werksgelände am Haupttor (3 Meter an anderen Toren) gewährleistet werden – alle ‚Arbeitswilligen‘ sowie Kunden, Zulieferer oder sonstige Dritte müssen hindernisfreien Zugang zum Werksgelände haben. [...]

Alle Auflagen müssen bis Sonntag 12.00 Uhr erfüllt werden. Bei Zuwiderhandlung droht der IG Metall ein Strafgehalt in Höhe von 50.000,- Euro.« (Streikzeitung Nr. 9, 5. März 2006)

Das Gericht sprang ein, wo die Firmenleitung mit ihrem Latein und der Werksleiter mit dem Bolzenschneider am Ende waren. Mit einem derartigen Urteil werden den Streikenden die ökonomischen Druckmittel genommen, insbesondere wenn es um den Erhalt der Arbeitsplätze geht. Mit

INHALT

Ist der AEG-Streik Vorbote eines neuen Kampfgeistes? . . . 6

Zur Diskussion:

Der Kampf um Arbeitsplätze und seine Grenzen 15

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des
Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- Berlin-West: »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● Berlin-Ost: »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● Bonn: »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● Bremen: »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● Essen: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● Frankfurt/Main: »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● Göttingen: Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● Halle: Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● Hamburg: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeiseshallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● Hanau: »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● Hannover: »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● Kassel: »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● Leipzig: »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● Lüneburg: »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● Mönchengladbach: »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● Siegen: Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3



Hilfe der Rechtsprechung sollen die Ausfuhr von fertigen Produkten (Baggern) als auch der Abtransport von Maschinen und Produktionsmitteln ermöglicht werden.

Die Vorbereitung dazu begann in der dritten Streikwoche. Vor den Werkstoren abgestellte Bagger blockierten den Zugang zum Betriebsgelände. Es gelang zunächst durch den Streikbruch von Kollegen der Firma Rohwedder, ein Handels- und Servicecenter von CNH, die Baumaschinen von den Toren in das Innere des Betriebes zu transportieren. Die Belegschaft ließ sich dadurch nicht entmutigen. Sie reagierte spontan. In einem Autokorso besuchte sie am 13. März die Firma Rohwedder, um vor dem Werksgelände ihren Unmut über den Streikbruch Ausdruck zu verleihen. »Erst bringen wir euch bei, unsere Geräte zu bedienen und dann fällt ihr uns in den Rücken. Vielleicht wird es euch eines Tages genauso gehen wie uns, und dann braucht ihr unsere Solidarität, denkt darüber nach. Sagt nein zum Streikbruch!« Das Baumaschinen-Hindernis konnte die Geschäftsleitung mit Hilfe der Streikbrecher beseitigen, doch die Belegschaft sorgte in den kommenden Wochen dafür, dass trotzdem keine Geräte und Bagger das Werksgelände verließen.

Für den täglichen Empfang der Streikbrecher, des Werkleiters Dr. Schröder und des Geschäftsführers Dr. Brammertz ließ sich die Belegschaft immer wieder Neues einfallen. Mal stiegen 99 Luftballons zu ihren »Ehren« in die Höhe, ein anderes Mal hüllte Nebel die »Helden der Arbeit« ein. Damit sie dennoch jederzeit erkennbar bleiben, wurden ihre Fotos auf einer großen Plakatwand vor dem Haupttor ausgestellt.

Solidarität und Unterstützung

Im Verlauf des Streiks nahmen auch die Solidaritätsbekundungen und -besuche zu. Von den Lokalpolitikern (Spandau CDU-Bezirksbürgermeister Birkholz) über die »Größen« der Stadt (Bürgermeister Wowereit, SPD und Wirtschaftssenator Wolf, PDS) bis zu Wolfgang Thierse und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Struck reicht die Liste der Parteienvertreter. Besondere Aufmerksamkeit fand Oskar Lafontaine. Er war einer der wenigen Politiker, die nicht nur den FIAT-Konzern anprangerten, sondern auch den Unmut vieler Beschäftigter mit der Politik der alten und der neuen Bundesregierung zum Ausdruck brachte. Sein Vorschlag Betriebsschließungen gegen den Willen der Belegschaft zu verbieten, wenn die Firmen schwarze Zahlen schreiben, fand denn auch viel Beifall. Er brachte auch die Frage des Generalstreiks zur Sprache: »Was in Frankreich üblich, müsse auch in Deutschland möglich sein.« Offen blieb, wie die berechtigten Anliegen denn in die Tat umgesetzt werden könnten. Es würde den Rahmen des Artikels sprengen, auf alle Politikerbesuche einzugehen. In

ihrem Gehalt glichen deren Reden und Beteuerungen denen der Politikprominenten bei AEG in Nürnberg (siehe Artikel S. 6) Der bisherige Druck hat immerhin dazu geführt, dass der Berliner Senat von CNH die Rückzahlung öffentlicher Fördermittel in Höhe von 70 Millionen Euro im Falle der Schließung verlangen will. Ob dies dann tatsächlich geschieht und auch Aussicht auf Erfolg hat, sei dahingestellt. Es wird jedenfalls nicht ausreichen, um den FIAT-Konzern zum Nachgeben zu zwingen. Dazu bedarf es nicht nur der verbalen, sondern der praktischen Solidarität und einer gemeinsamen politischen Stoßrichtung der DGB-Gewerkschaften im Kampf gegen die weitere Arbeitsplatzvernichtung.

Wichtiger waren in den letzten Wochen die Besuche von Delegationen anderer Belegschaften und Gewerkschaften. Auch hier sei – stellvertretend für viele – der Auftritt der Nürnberger AEG'ler genannt. Als sie am Morgen des 28. Februar eintrafen, machte die Meldung über eine Einigung in Nürnberg die Runde. Genauere Konditionen des Kompromisses waren noch nicht bekannt. Die Einigung in Nürnberg stieß natürlich nicht auf spontane Zustimmung, hatte die CNH-Belegschaft doch gehofft, zumindest eine zeitlang gemeinsam im Ausstand zu stehen und ihren Gegenbesuch schon angekündigt.

Anders als in Nürnberg, wo der Streik der AEG-Belegschaft zum Symbol für die gesamte Region wurde, gestaltet sich die Herstellung von Solidarität in Berlin schwieriger. Hunderttausende von Arbeitsplätzen wurden in den vergangenen 15 Jahren in der Industrie und im öffentlichen Dienst abgebaut. Vom Kabelhersteller Alcatel in den 90er Jahren bis zum koreanischen Bildschirmhersteller Samsung, der Ende 2005 seine Produktion in Berlin einstellte, reicht die umfangreiche Liste der Arbeitsplatzvernichtung in der Berliner Metall- und Elektroindustrie. In den seltenen Fällen, wo es Widerstand gab, blieben die betroffenen Belegschaften im Wesentlichen auf sich allein gestellt. Zwar gab es Solidaritätsadressen und Besuche von anderen Belegschafts- und Gewerkschaftsvertretern und von Politikern, sowie deren Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen – zum Symbol bzw. Signal für die breite Öffentlichkeit in der Hauptstadt wurde keiner der bisherigen Konflikte.

DGB-Aktionskonferenz gegen Arbeitsplatzabbau

Die zahlreichen Appelle von Gewerkschaftsvertretern und Politikern an das soziale Gewissen bzw. die soziale Verantwortung der Gegenseite finden zwar den Beifall vieler Streikender, bleiben aber angesichts der Macht- und Eigentumsverhältnisse in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung wirkungslos. Die Erfahrungen bei BSH, JVC oder Samsung

haben die IG Metall Berlin bewogen, auch auf DGB-Ebene aktiv zu werden. Zwar wurde auch bei den Auseinandersetzungen um den Erhalt der Waschmaschinenproduktion beim BSH ein Solidaritätskomitee auf Initiative der IGM gegründet. Die Mehrheit in diesem Komitee bestand aus Vertretern oder Mitgliedern politischer Organisationen, die zum Teil ohne Kenntnis der betrieblichen Bedingungen dort über ihre Wunschvorstellungen diskutierten. Um eine breitere Wirkung zu erzielen, musste die Gewerkschaft die Organisation der Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit in die eigenen Hände nehmen. Auftakt bildete eine Zusammenkunft im Berliner IG Metall-Haus mit 70 Vertretern aus den verschiedensten Betrieben und Gewerkschaften. Am 28. Januar fand dies mit der ersten Aktionskonferenz im Berliner DGB-Haus seinen gewerkschaftsübergreifenden Rahmen.

Anwesend waren neben zahlreichen Vertretern aus Metallbetrieben u.a.: der Vorsitzende der ver.di-Betriebsgruppe an der Charité, eine Betriebsrätin der Telekom aus dem Bereich Privatkundenbetreuung, ein Vertreter von ver.di (Bereich Handel), ein Sekretär der NGG sowie der Betriebsratsvorsitzende der S-Bahn. Alle Berichte lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Der Abbau von Arbeitsplätzen hält an, die Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen nehmen weiter zu. Deshalb wurde eine engere Kooperation zwischen den betroffenen Betrieben vereinbart. Zwischen dem Betriebsrat der S-Bahn und der ver.di-Betriebsgruppe der Charité gibt es diese Kooperation schon seit längerem. Es wurde auch vereinbart, möglichst die Sitzungen oder Veranstaltungen von betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien im Streikzelt von CNH anzuhalten.

Ein weiteres Resultat der Aktionskonferenz war der Aufruf der Berliner Betriebe CNH, Charité, Telekom und der S-Bahn. »Wir kämpfen gemeinsam für die Zukunft dieser Stadt, ihrer Beschäftigten und deren Familien. Wir brauchen eine Perspektive für unsere Kinder und Jugendlichen. Sie müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, in dieser Stadt eine qualifizierte Ausbildung und einen Arbeitsplatz zu erhalten.« In den Auseinandersetzungen um die Schließung von CNH entwickelten sich erste Ansätze einer branchen- und gewerkschaftsübergreifenden Zusammenarbeit.

Gewerkschaftliches Leben von unten

Unzählige Gewerkschaftsveranstaltungen, Vertrauensleute- und Betriebsratssitzungen und der Auftakt zur Tarifrunde 2006 in Berlin-Brandenburg und Sachsen fanden inzwischen im CNH-Streikzelt statt. Ein Leben, wie man es in den Verwaltungsgebäuden der Gewerkschaften seit Jahren nicht mehr antreffen kann, hat sich entwickelt. Wenn nur ein kleiner Teil der übergreifenden Zusammenarbeit nach dem Ende des Kampfes bei CNH erhalten bliebe, wäre es für die Berliner Gewerkschaften ein Gewinn.

Neben den gewerkschaftlichen Sitzungen trugen auch die an Samstagen veranstalteten Streikfeten und der Auftritt von Künstlern zum Zusammenhalt der Belegschaft und ihrer Unterstützer bei. So trat zum Auftakt der Tarifrunde 2006 der Kabarettist Martin Buchholz auf; der Schauspieler Rolf Becker trug am 24. März Gedichte von Brecht, Heine und Tucholsky vor und überbrachte die Solidarität des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst, Kultur und Industrie aus Hamburg (siehe Kasten). Zum kulturellen Programm der Belegschaft gehörte auch der Besuch des Brecht Ensembles. Im Anschluss an die



Vorführung – gespielt wurde »Die Mutter« von Brecht – fand eine Diskussion im Theater statt.

Am 12. März besuchte IBF-Boxweltmeister Arthur Abraham die Belegschaft von O&K. Für das KO der Geschäftsführung müssen allerdings die Kolleginnen und Kollegen selber sorgen. Sie bleiben dabei auf die praktische Solidarität angewiesen, denn ein Konzern wie FIAT lässt sich nicht allein durch eine einzelne Belegschaft in die Knie zwingen.

O&K gegen FIAT: 3 zu 0

In der letzten Märzwoche – Streiktag 37 – leitete Dr. Schröder eine neue Runde der Auseinandersetzung ein. »Heute wollte der Werksleiter Schröder mal seinen Vorgesetzten aus Italien zeigen, dass er die Sache voll im Griff hat. Der Schuss ist nach hinten losgegangen. Aber der Reihe nach: In den frühen Morgenstunden tauchte ein Tieflader in der Staakener Straße auf. Der Auftakt zum geplanten Abtransport von weiteren Baggern vom Werksgelände. Entgegen allen Absprachen.« Dr. Schröder ließ es sich nicht nehmen, auf dem Beifahrersitz des Sattelschleppers Platz zu nehmen. Er wollte wohl im Triumphzug die Gasse der Streikenden passieren. Diese erwies sich als zu eng. »Nach langem Hin und Her und einiger Aufregung fuhr der Tieflader am Nachmittag zurück, ohne dass ein Gerät das Werksgelände verlassen hat. Die Streikenden haben unter den Augen der vielfach anwesenden Presse ihr Entschlossenheit und ihre Kampfkraft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Trotz der provozierenden Vorgehensweise des Managements musste die Polizei nie eingreifen.« (Streikzeitung Nr. 27)

Die Niederlage wollte Dr. Schröder nicht auf sich sitzen lassen. Durch Bodyguards geschützt und mit einer Kamera ausgerüstet ließ er sich anschließend durch die Streikenden geleiten. Anscheinend kann er mit einer Digitalkamera besser umgehen als mit einem Bolzenschneider. Am nächsten Tag drohte er der Streikleitung und dem Betriebsrat mit der Einleitung zivil- und strafrechtlicher Schritte gegen einzelne Streikposten. Das bildete den Auftakt für einen erneuten Versuch, Bagger vom Betriebsgelände zu schaffen. Diesmal hatte die Firmenleitung sich die Abendstunden des Freitags ausgesucht – wohl hoffend, dass sie es dann nicht mit so vielen Streikposten zu tun hätte. Doch die für derartige Fälle eingerichtete Telefonkette funktionierte. Der Fahrer des Tiefladers sah sich etwa 300 Kolleginnen und Kollegen gegenüber. Fahenschwenkende Kollegen surften auf der Ladefläche während der Laster drei Mal langsam am Haupttor vorbeifuhr. Der Fahrer weigerte sich schließlich aus Sicherheitsgründen, den LKW durch die Gasse der versammelten Belegschaft zu bugsieren. Unter dem Geheul von Sirenen, Trillerpfeifen und



dem Beifall der Versammelten fuhr er unverrichteter Dinge davon. Die Streikleitung bedankte sich in einer spontanen Rede bei Dr. Schröder. Der habe mit seinen Provokationen dem Streik und der Motivation der Belegschaft neuen Schwung verliehen. Auch ein dritter Versuch, die dringend benötigten Bagger vom Betriebsgelände zu schaffen, schlug fehl.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktivitäten der Belegschaft beschränkten sich nicht auf die »Bewachung« des Werksgeländes und den Empfang von Solidaritäts-Besuchern im Streikzelt. Die Streikenden gingen mit vielfältigen Aktionen selbst in die Öffentlichkeit. Dazu gehörten u.a.:

- Die Teilnahme an Kundgebungen anlässlich der Warnstreiks in der Metalltarifrunde.
- Der Besuch der FIAT-Verkaufsfiliale in Berlin und des italienischen Standes auf der Internationalen Tourismus Börse.
- Informationsstände in der Berliner Innenstadt.
- Mehrere Streikkundgebungen und –feste auf dem Spandauer Markt. Die Kinder der Streikenden traten dabei als Alcapella-Chor auf. Im Rahmen der »Kunstklänge« wurden auf dem Fest einem FIAT-PKW mit Vorschlagshämmern Streiktöne entlockt.
- Vor dem Reichstag wurde das bisher längste Transparent (1,2 km) enthüllt. Die Namen von 600 Berliner Metallbetrieben sowie die Aufforderung zur Solidarität mit O&K hatten Kollegen in tagelanger Arbeit auf die Stoffbahn gemalt.
- Am 1. Mai werden 50 Kolleginnen und Kollegen nach Turin fahren, um gemeinsam mit italienischen Gewerkschaftern zu demonstrieren.

Geschlossenheit im Kampf

Wer eine der vielen Versammlungen oder Streikfeste besucht hat, der wurde von der Stimmung und Atmosphäre gefesselt. Persönliche Differenzen und Vorurteile, Spannungen zwischen Arbeitern und Angestellten und zwischen Kolleginnen und Kollegen verschiedener nationaler und kultureller Herkunft, die so oft das Arbeitsleben prägen, spielten keine Rolle mehr. Alte Gräben wurden im Kampf für die gemeinsamen Interessen überwunden oder zugeschüttet. Besonders beeindruckend und deutlich war das für mich auf dem »türkischen Abend« am 47. Streiktag.

Die Streikleitung, der zuständige IGM-Sekretär sowie der Betriebsrat haben durch ihren Einsatz zum Entstehen dieser Gemeinsamkeit viel beigetragen. Sie haben die wesentlichen Entscheidungen immer wieder auf den regelmäßigen Streikversammlungen zur Diskussion und – wenn nötig – zur Abstimmung gestellt. Die Belegschaft selbst und nicht ihre Vertretung wurde zum entscheidenden Akteur.

Trotzdem ist es erstaunlich mit welcher Geschlossenheit, Energie und Kreativität die Belegschaft auch nach acht Wochen den Arbeitskampf weiterführte. Denn von CNH bzw. FIAT war bis dahin kein Entgegenkommen zu erkennen; sie beließen es bei unverbindlichen Gesprächen ohne konkrete Angebote. So sollten die Streikenden zermürbt werden. Des Weiteren versucht die Firmenleitung über die Einigungsstelle und das Arbeitsgericht, dem Betriebsrat einen Sozialplan aufzuzwingen. Dann hätte sie arbeitsrechtlich die Möglichkeit, Entlassungen vorzunehmen. Der Ausstand wäre damit unterlaufen.

Nach über 50 Tagen Streik und Werksblockade nahm auch für CNH der Druck zu. Die Werkleitung war nicht mehr in der Lage, vereinbarte Liefertermine einzuhalten. Es drohten nicht nur Konventionalstrafen sondern auch der Wechsel von Kunden zur Konkurrenz. Baufirmen sind an Termingebunden und damit auf pünktliche Lieferung von Baumaschinen angewiesen. Deshalb werde die Firmenleitung während der Osterfeiertage oder unmittelbar danach erneut versuchen, den Abtransport von Baumaschinen zu erzwingen, so die Einschätzung der Streikleitung. Verstärkt wurde diese Vermutung, als unmittelbar vor den Feiertagen der Geschäftsführer Dr. Brammertz allen Streikenden per Einschreiben mit ihrer fristlosen Entlassung drohte.

CNH Baumaschinen GmbH Berlin 
CNH-Streikzeitung Verwaltungsstelle Berlin
 Weitere Infos im Internet unter www.cnh-berlin.de und www.igmetall-bbs.de Nr. 28 | 31. März 2006

Und wieder nichts mit Abtransport



Von 3-Bahn-Luchsen hat man ja schon Affen gesehen – Sattelkippsperren sollte vielleicht in diese Reihe mit aufgenommen werden

An 31. Streiktag, dem Tag eines nach einer weiteren Niederlage für Werkleiter Schöder, wurde es abgelehnt, Geräte vom Hof zu transportieren. Am Abend des 31. Streiktags wurde ein neuer Versuch gestartet, einen Sattelkipper auf das Gelände von CNH zu bringen. Doch genau wie am Vortag war das ein Schlag ins Wasser. Der Sattelkipper mußte unvernünftiger Dinge wieder abliehen. Nebenbei: Er war darüber nicht allzu betrübt. Die Ordnungsmacht/Philosophie...

Mühe, alles im Sinne der Straßenverkehrsordnung zu regeln. Die vereinbarte Streikgasse wurde gebildet und damit alle Auflagen des Vergleichs zwischen IG Metall und dem Management von CNH erfüllt. Nur aus Sicht des LEW-Fahrers war der Raum zu eng, um ohne Gefährdung von Menschen auf das Gelände zu fahren. Eine weite Entscheidung. Diese sinnlose Provokation durch das Management in Person von Werkleiter Schöder, verkommt langsam zu Lachnummer.

känden in ihrer Aufmerksamkeit keinen Deut nachlassen. Egal zu welcher Tageszeit. Der Streik steht und jeder weitere Versuch durch das Management

wird gebildet scheitern, wie vorher. Im Anschluss dankte Streikleiter Luis Sergio allen Beteiligten für ihr Erscheinen, ihren Einsatz und ihre hervorragende Disziplin.



E&P: Peter Wagner, ©: Michael Henschel/Projektbüro Berlin, Foto: Joachim Lutz, Ingrid Böhler, Agentur wozel

»**Sehr geehrte/r Frau/Herr** [...]

[...] Wir haben bisher jede Eskalation zu vermeiden gesucht und stets an ihre Rechtstreue appelliert [...] Leider scheinen unsere Appelle an die Vernunft der Streikenden vergebens gewesen zu sein, wie die letzten rechtswidrigen Handlungen, insbesondere die tätlichen Angriffe auf Arbeitswillige und die Blockade des Werkstores in der 11. und 13. Kalenderwoche, zeigen. Sofern Sie sich an dem Streik beteiligen, fordern wir sie ultimativ dazu auf, nicht an rechtswidrigen Handlungen teilzunehmen und arbeitswillige Kolleginnen und Kollegen sowie Fahrzeuge jeglicher Art ungehindert die Werkstore passieren zu lassen. [...] Wir werden zukünftig derartige rechtswidrige Handlungen, an denen Sie sich beteiligen, ohne eine weitere vorherige Warnung durch entsprechende arbeitsrechtliche Maßnahmen insbesondere auch die außerordentliche Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses sanktionieren. Wir weisen zudem darauf hin, dass Sie im Falle einer Kündigung einen etwaigen Anspruch auf Zahlung einer Abfindung aus dem Sozialplan verlieren, und Sie sich durch die Teilnahme an einer Torblockade möglicherweise schadenersatzpflichtig gegenüber dem Unternehmen machen. Verhalten Sie sich bitte auch im Streik in Ihrem und im Interesse Ihrer Kolleginnen und Kollegen zukünftig gesetzeskonform.«

Ein Erfolg der Geschäfts- und Werkleitung hätte nicht nur deren Verhandlungsposition gestärkt. Es würde ihr auch ermöglichen, die Taktik des Aushungerns und Zermürbens weiter fortzusetzen. So weit wollte es die Belegschaft nicht kommen lassen. Deshalb wurde auf den Streikversammlungen vor Ostern nochmals vereinbart, einen erneuten Versuch des Abtransports von Baumaschinen unter allen Umständen zu verhindern. Das Wie wurde nicht auf der großen Streikversammlung, sondern in kleineren »Kreativgruppen« bespro-



chen. Mit der zunehmenden Dauer und Härte der Auseinandersetzung waren die Streikenden gezwungen, nach neuen Mitteln und Wegen des zivilen Ungehorsams zu suchen, sollte ihrem Ausstand nicht das einzige ökonomische Druckmittel genommen werden.

Die Belegschaft hat in ihrem Streik Erfahrungen machen müssen und Erkenntnisse gewonnen, die noch vor Monaten keiner der Beteiligten für möglich hielt. Auch die Kolleginnen und Kollegen von CNH hatten sich in der Vergangenheit nicht anders verhalten, als die große Masse der abhängig Beschäftigten. Die Passivität überwiegte. Egal mit welchem Verhandlungsergebnis der Ausstand enden wird, in diesen Erfahrungen und Erkenntnissen liegt der gewerkschaftliche und politische Gewinn für die Zukunft. Nutzen wir ihn für die weitere Arbeit und die Diskussion in den Gewerkschaften, damit andere Belegschaften aus diesen Erfahrungen lernen können. Berlin, 23. April 2006 ■

Ist der AEG-Streik ein Vorbote eines neuen Kampfgeistes?

Vor dem Hintergrund des größten Exportbooms aller Zeiten, der Gewinnexplosionen der Konzerne und angesichts der Luxuswelt des wohlhabenden Teils der Bevölkerung verdichtet sich der Eindruck, daß zunehmend die von Entlassungen und sozialer Zurückstufung betroffenen Lohn- und Gehaltsabhängigen sich nun mehr zu wehren beginnen als die Jahre zuvor. Dabei sind Streiks und andere Kampfmaßnahmen nicht mehr verpönt; wenn sie als Abwehrmethoden gelten, finden sie dann auch Sympathie im gesellschaftlichen Umfeld. [...]

Besonderen Einfluß auf die Kampfbereitschaft der AEG-Belegschaft in Nürnberg hatten vor allem die vorhergegangenen Ereignisse in der Region selbst. Einerseits gab es in den vergangenen Jahrzehnten in Westdeutschland wohl nur noch im Ruhrgebiet ein solches Ausmaß an industriellem Niedergang wie im Nürnberger Raum – Bayerns einstigem Industriezentrum. Triumph-Adler, Grundig, Hercules, Adtrams, MAN, Zweiradunion, Bahn-AW und Kugel-Müller; die Namen erinnern nur noch an eine glänzende Vergangenheit. Ein ganzer Stadtteil Nürnbergs wurde zur Industriewüste. Nur selten, wie beim Kampf um AEG-Kanis, konnte die streikende Belegschaft einen Sieg davontragen. Doch seither hat sich die Situation für die Arbeiterinnen und Arbeiter noch weiter verschlechtert. Der Strukturwandel brachte

der Metall- und Elektroindustrie im Raum Nürnberg einen enormen Verlust an Arbeitsplätzen. Seit den 70er Jahren sank ihre Anzahl von 130.000 auf 56.000. Die Zahl der Mitglieder der IG-Metall schwand von 51.000 auf 31.000. Obwohl geschwächt, konnten die Nürnberger Gewerkschafter in letzter Zeit auch einige Unternehmerangriffe zurückweisen. Das Siemens-Trafowerk wurde vorerst gerettet. Bei INA-Scheffler/FAG versuchte die Betriebsleitung vergebens, unbezahlte Mehrarbeit durchzusetzen. Die Betriebsleitung des Kabelherstellers Nexans (1.800 Beschäftigte) trieb die Provokation auf die Spitze. Wahrscheinlich glaubte sie, nach dem verlorenen Ost-Streik der IGM, sich alles erlauben zu können. So schloß sie hinter dem Rücken von Betriebsrat und Gewerkschaft mit der Christlichen Gewerkschaft (CGM) einen Haustarifvertrag mit Verschlechterungen, die rund 10 Millionen Euro einbringen sollten. Die CGM hat im ganzen Bundesgebiet nur 100.000 Mitglieder und ist deshalb nach Ansicht der IGM nicht tariffähig. Nach Auseinandersetzungen und Werksblockade mußten die Nexans-Bosse wieder zurückstecken, auch angesichts der Rechtslage. Jürgen Wechsler, der 2. Bevollmächtigte der IGM-Nürnberg zog die Lehre: Er glaube nicht, daß Streiks als Instrument des Arbeitskampfs ausgedient haben. »Im Gegenteil: Wir sehen eine Renaissance«. Kurz

darauf mußte er schon als Streikleiter des AEG-Werks Nürnberg seinen Pflichten nachkommen.

Der Kampf um den AEG-Standort Nürnberg

Das AEG-Werk Nürnberg besteht schon über 80 Jahre. Noch 1993 arbeiteten dort 3.800 Menschen, heute 1.750. Das Werk wurde an den schwedischen Global Player Electrolux verkauft. In den letzten Jahren mußte die Belegschaft schon viele Abstriche hinnehmen; ihre Arbeitszeit wurde auf 30 Stunden reduziert. Nun soll es wegen »mangelnder Rentabilität« geschlossen und die Produktion nach Italien und Polen verlagert werden. Die Angebote des Betriebsrats zu noch mehr Zugeständnissen nützten nichts. Alle Interventionen und Besuche, auch von Ministern und dem Oberbürgermeister in Stockholm waren vergeblich. Für Konzernchef Straberg war der Standort Nürnberg nur ein Mosaiksteinchen in der Gesamtstrategie der generellen Verlagerung der Fabriken aus den westeuropäischen »Hochlohnländern« in das »frühkapitalistische« Osteuropa, ohne Gewerkschaftseinfluß und ohne viel Reglementierungen. Von 20 Standorten in Westeuropa werden 13 geschlossen. Bei so einer gewaltigen Umorientierung spielen dann eben »Reibungsverluste« von einigen hundert Millionen Euro wie etwa in Nürnberg keine Rolle. Ebenso ist es kein Hinderungsgrund für die Fabrikschließung, wenn ein Werk noch schwarze Zahlen schreibt – es gilt für die Kapitalisten immer noch schwärzere zu schreiben. Arbeiter, die sich über die »Fremdbestimmung« aus dem 1.000 km entfernten Stockholm aufregen, seien daran erinnert, wie Siemens-Boss Pierer aus Franken das Erreichen von 15% Rendite als Maßstab zur Abstoßung einzelner Konzernteile erklärte. Im Fall AEG herrschte lange Zeit noch große Hoffnung, die Werksschließung verhindern zu können – eine Version, die auch von der IG-Metall vertreten wurde. Aus den dargestellten Gründen war das von Anfang an eine Illusion, da es für das Management auch darum ging, bereits aufgebaute »gewaltige Überkapazitäten« (metall) abzubauen. Die Argumente der Konzernseite waren deshalb nie ganz ernst zu nehmen – sie dienten der propagandistischen Verdrehung. Übrigens erzielte der Konzern im letzten Quartal eine Gewinnsteigerung von 18,9%, trotz der Umstrukturierungskosten. 2004 betrug der Gewinn insgesamt 667 Millionen Euro, bei einem Umsatz von 13 Milliarden Euro. (Der Umsatz auf dem deutschen Markt macht nur 55% aus). 62.000 Shareholder, darunter die Wallenberg-Gruppe, profitieren von der Dividende. Mit ihr ging es bergauf. Pro Aktie gab es 2000



Die Delegation der Nürnberger AEG-Belegschaft erhält ein Geschenk der Streikleitung von CNH

vier Kronen, 2002 sechs Kronen und 2004 sieben Kronen. Der Oberboß Straberg hat wohl kaum eine Ahnung, mit wie wenig Geld ein entlassener Familienvater auskommen muß. Sein Jahresgehalt soll zwei Millionen Euro betragen.

Da der Streit um die Rentabilität des Nürnberger Werks in der Öffentlichkeit und bei den Streikenden eine große Rolle spielt – selbst CSU-Wirtschaftsminister Huber bezweifelt die Kostenlücke – soll darauf eingegangen werden:

Während Belegschaft, Gewerkschaft und Sympathisanten der Konzernleitung vorwerfen, ein Werk zu schließen und zu verlagern, das noch Gewinne abwerfe, behauptet die Unternehmerseite, das Nürnberger Werk schreibe zwar gerade noch schwarze Zahlen, aber die stammten nur noch vom Exportanteil (60%). Es sei jedoch nur eine Frage der Zeit, bis der Preisverfall auch die übrigen Länder Europas erfasse. Der deutsche Markt sei gesättigt, der Umsatz in fünf Jahren um 30% zurückgegangen. Man zahle im Inland pro Gerät 45 bis 60 Euro drauf. Es gebe eine starke Konkurrenz, vor allem aus Asien und der Türkei. Die Premium-Marke AEG sei nicht mehr wettbewerbsfähig. Electrolux befinde sich auch in härterer Weltmarktkonkurrenz mit dem US-Branchenführer Whirlpool.

Entscheidende Zahlen und Behauptungen wurden von der Belegschaft und der IGM bestritten. Der Nürnberger Oberbürgermeister Maly (SPD), der sich sehr für die Erhaltung des Werks einsetzt, warf Straberg vor, die 230 Millionen Euro Verlagerungskosten, die genannt wurden, rentierten sich erst nach 13 Jahren.

Doch auch »metall« mußte feststellen: »Der Markt mit der Weißen Ware hat seine Tücken.« Die Preise seien um rund 15% gefallen, die Kosten für Rohstoffe, wie Stahl, hingegen enorm gestiegen. Mit den beiden Betrieben in Polen habe Electrolux »gewaltige Überkapazitäten aufgebaut«. Ab 2006 sollen dort etwa zwei Millionen Waschmaschinen und Geschirrspüler produziert werden. Bei einer Untersuchung Professor Bierbaums vom Ifo-Institut kam die Geschäftsleitung schlecht weg, deckte er doch deren Manipulation auf. Sie hatte mit Halbwahrheiten und Weglassungen gearbeitet und Kostenberechnungen gefälscht.

Doch unabhängig davon, bis zu welchem Grad das Nürnberger AEG-Werk noch Gewinne abwirft und um wie viel mehr die Belegschaft noch bereit wäre, sich ausplündern und spalten zu lassen, so sind es zwei gewichtige Faktoren, die auch bei einem lang anhaltendem Streik die Verhinderung der Werksschließung nahezu ausschließen. Der eine ist die Politik der vollendeten Tatsachen durch die Stockholmer Zentrale. Auch ein einige Wochen früherer Streikbeginn hätte nichts daran geändert, daß der Aufbau der modernen Werke in Polen längst im Gange ist. In Nürnberg wurde seit sechs Jahren nichts mehr investiert; es wurde zu wenig auf höhere Qualität gesetzt. Die Betriebsräte werfen der Leitung schon lange eine verfehlte Markenpolitik vor. Der andere Faktor ist, daß Kapitalisten für Lohndumping immer zu haben sind. Ist der Unterschied so groß wie zwischen Franken und Südpolen (20% Arbeitslosigkeit), dann pflegen Konzernbosse nicht lange zu fackeln.

Der Unterschied von Nürnberg zu Zarow und Siewierz (Olawa und Swidnia sind im Bau) ist kraß. Der Monatslohn in Polen liegt bei etwa 300 Euro, in Nürnberg bei 1.650 Euro (im Akkord 2.150 Euro). In Polen liegt die 40-Stunden-Woche zugrunde, in Nürnberg die 35-Stunden-Woche. (In Nürnberg wurden in letzter Zeit bei reduzierter Stundenzahl von 30

Stunden 1.200 Euro – 1.400 Euro nach Hause getragen.) In Nürnberg beträgt das Weihnachtsgeld 55% und das Urlaubsgeld 70% – in Polen gibt's so etwas nicht. In Polen macht die Stammebelegschaft nur ein Drittel aus, die Mehrzahl sind Leiharbeiter oder befristet Beschäftigte. Im polnischen Werk gibt es keinen Betriebsrat und keine Gewerkschaften. Erst kürzlich ist es schwedischen Metallgewerkschaftern durch Intervention gelungen, die üblen Repressionen zu beenden, denen jene ausgesetzt waren, die im Betrieb erste Organisierungsversuche unternahmen.

Auch ins italienische Werk in Solaro soll verlagert werden. Im Mailänder Raum liegen jedoch die Löhne mit ca. 7 Euro Stundenlohn und ca. 1.500 Euro Monatseinkommen nicht allzu viel unter den deutschen Bezügen. Warum der Konzern dort nicht verlagert, könnte an etwas anderem liegen. Denn, wie der Deutschlandfunk berichtete, zwingt in Italien der Staat den Mutterkonzern bei Standortschließung zu erheblichen Abfindungen.

Inzwischen streiten im Fall AEG-Verlagerung Belegschaft und IGM mit deutschen Politikern darüber, ob die EU nicht sogar Electrolux bei der Verlagerung mit Fördermitteln unterstützt. Verheugen blieb vage: Es lägen keine Erkenntnisse vor... Förderwürdig wäre nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dann hieß es wieder: Warschau könnte Electrolux durchaus mit Investitionszuschüssen und Steuerergünstigungen unterstützt haben. Die Empörung blieb: Deutschland als größter Nettozahler in Brüssel bezahlt am Ende den eigenen industriellen Abbau! Sogar Ingo Friedrich, ein rechtsstehender CSU-Abgeordneter, will im Europaparlament energisch Aufklärung verlangen. Nationalistische Töne sind in dieser Auseinandersetzung eben nicht zu übersehen: Die Streikwesten der IGM tragen neuerdings den Aufdruck: »AEG ist Deutschland«; eine Spitze gegen die Schweden und Polen. Ein Plakat hängt am Streikzelt: »Wo AEG draufsteht, ist Polenstandard drin.« Als ob eine deutsche Konzernzentrale menschlicher mit ihren deutschen und ausländischen Kollegen umginge! Es ist ein Skandal, daß die Frankfurter IGM-Zentrale eine PR-Agentur einschaltet, um für diesen dummen Spruch auch noch das Geld ihrer Mitglieder auszugeben. Auch die DGB-Landesvorsitzenden, die im Streikzelt sprechen, blasen ins selbe Horn. Sie geißeln »die ferngelenkten Konzerne, die hierher kamen und euch ausrauben«. Als ob das die deutschen nicht und nirgends täten!

Zur Ausgangslage des Arbeitskampfes

Bei der Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen dem Unternehmerlager und einer streikenden Belegschaft sind viele allgemeine Faktoren, aber auch Besonderheiten, maßgeblich. Im Fall der AEG ist eine solche Besonderheit, daß die Hälfte der Arbeiterinnen und Arbeiter ausländischer Herkunft ist. Das kann sich auf den Kampfgeist unterschiedlich auswirken. Einige Kollegen sind in einer Art klassenkämpferischen Stimmung, anderen geht es mehr um schnelle Abfindung, um in der alten Heimat mit dem Geld eine kleine Existenz zu gründen. Auch andere Besonderheiten spielen eine Rolle: Die meisten sind schon über 40 Jahre alt oder älter und haben auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt keine Chance mehr. In der AEG gibt es ein Übergewicht von Ungelernten und Angelernten gegenüber den Facharbeitern.

Was den innergewerkschaftlichen Bereich angeht, gibt es, aus verständlichen Gründen, keine offiziellen Zahlen der IG Metall, man ist auf Presseberichte angewiesen. Nach diesen

sollen nun etwa 80 % im Werk organisiert sein. Laut IGM habe sich der Organisationsgrad seit August verdoppelt. Ist dem so, dann hätte es vorher nur etwa 40% Gewerkschaftsmitglieder in der AEG gegeben, also keine starke Position. Bei nun 80% wären ca. 350 unorganisiert und ca. 1.350 Mitglieder in der IGM. Unklar bleibt, warum an der Urabstimmung nur 958 Mitglieder teilgenommen haben. Wo waren die anderen 392 Mitglieder? Von den 958 stimmten 952 für den Streik, nur sechs dagegen. 99,3% waren ein sehr gutes Ergebnis. (Wieso IGM und Presse 96,35% nannten, ist ein Rätsel.) Haben diejenigen IGM-Mitglieder, die gegen den Streik waren, sich überhaupt an der Urabstimmung beteiligt? Stimmt das, dann hätten nur 56% der Belegschaft den Streik befürwortet – dies wäre eine große Schwachstelle. Im Durchschnitt sind in der Industrie 5 bis 6% Krankmeldungen üblich, was auch bei der AEG zu berücksichtigen ist. Kurz vor Streikbeginn hatten sich aber bei der AEG 460 Beschäftigte krank gemeldet, das entspricht 27%! Ein beachtlicher Teil der Belegschaft entzieht sich damit der aktiven Teilnahme an der Auseinandersetzung. Das ist eine weitere Schwachstelle, die natürlich die Bosse auch schon erkannt haben. Sie drohen jetzt damit, die Lohnfortzahlungen einzustellen.

Für die streikenden Mitglieder zahlt die Gewerkschaft Streikgeld, 14 Monatsbeiträge pro Streikwoche, das wären rund zwei Drittel des Bruttolohns, heißt es. Das Streikgeld richtet sich nach dem vorherigen Verdienst. Angenommen, ein Arbeiter bekommt 250 Euro in der Woche, dann könnte es schon sein, daß die IGM insgesamt 340.000 Euro in der Woche aufwenden muß. Bei vier Wochen Streik wären das eventuell, zusammen mit sonstigem Streikaufwand, etwa 1,5 Millionen Euro. Die Zahlen – auch wenn sie nicht genau stimmen sollten – geben in etwa die Dimension wider, um die es geht.

Von Gewerkschaftsseite kommt noch eine weitere Schwachstelle hinzu: Ein Zwist in der Nürnberger IGM und drängende Finanzprobleme in der hiesigen Verwaltungsstelle. Die Nürnberger Nachrichten (NN) berichteten: »Mit zwei Millionen Euro, so die unbestätigte Zahl, muß die Frankfurter IG Metall-Zentrale bis 2008 die hiesige Geschäftsstelle subventionieren.« Hauptamtliches Personal sei bereits abgebaut worden. Ursache für das gewerkschaftliche Finanzdebakel ist – wie bereits dargestellt – der rapide industrielle Strukturwandel in der Region. Auch die Reallöhne sind in den letzten zehn Jahren gesunken. Und diese Entwicklung geht so weiter, auch auf Kosten der Gewerkschaften. In den letzten zwei Jahren verlor Mittelfranken 21.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Im Raum Nürnberg sind jetzt 33.000 Arbeitslose gemeldet. Bayern ist nicht nur Freising mit seinen niedrigen Arbeitslosenzahlen, auch die Nürnberger Misere gehört zu Stoibers Bilanz. [...]

Eine »Eiserne Streikfront«

So einen Bilderbuchstreik hat es nur selten gegeben. Die Streikposten stehen an allen geschlossenen Toren, 300 in eisiger Kälte, vor Tonnen mit loderndem Feuer. Alles ist blockiert, kein Transportauto kommt mehr rein oder raus. Und das Wichtigste: Kein Streikbrecher versucht, die Reihen zu durchbrechen und auch die Kapitalisten verzichten, anders als kürzlich bei Infineon darauf, Streikbrecher mit Polizeigewalt ins Werk zu holen. Daß Unternehmerlager und Behörden zumindest bis jetzt stillhalten, hat seine Gründe. Natürlich gehört dazu die relative Geschlossenheit der Belegschaft,



aber ausschlaggebend dafür war die Stimmung in der Gesellschaft. Der Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und das offensichtliche »Unrecht« der Konzernleitung erzeugten eine riesige Zustimmung zum Streik in einer Breite, die fast alle Gesellschaftsschichten einschloß. Die vielfältige Solidarität ging weit über die Region hinaus. Es entstand ein Klima, in dem selbst Mitglieder rechtsstehender Parteien entweder den Streik unterstützten oder sich nicht äußern mochten. Da war es schon unpopulär, als CSU-Wirtschaftsminister Huber zur »Besonnenheit« aufrief. Es müsse »alles im Rahmen des Legalen bleiben«, hob er den Zeigefinger. Ironisch könnte man fragen, wen er wohl meinte...

Die IGM ging richtigerweise immer wieder an die Öffentlichkeit mit Protestkundgebungen, Solidaritätsaktionen, Zeltfesten usw. Die Geschäftsleitung warf der Gewerkschaft »Machtkampf« vor, sie wolle »ein Exempel statuieren«. Die IGM brauchte die Belegschaft nicht anzufeuern. Ab dem Zeitpunkt, als ersichtlich wurde, daß der Konzern auf eine Schließung zusteuert, waren Wut und Empörung grenzenlos. Alle wußten, im schlimmsten Fall würden sie im Nürnberger Raum keinen Arbeitsplatz mehr finden. Auf einer Betriebsversammlung vor dem Streik wurden die Manager ausgepöfeln und die Sitzkissen flogen auf sie zu. Johan Byge, Europachef von Electrolux, hatte die Katze aus dem Sack gelassen: »Selbst wenn Gewinn und Rendite noch wachsen, wir wollen mehr verdienen, damit wir mehr investieren können.« Es ging gar nicht mehr darum, daß der Betriebsrat erneut 10 Millionen Euro an Einsparungen geboten hatte; Electrolux aber 48 Millionen Euro forderte.

MLPD-Kollegen hatten dem Betriebsrat im Dezember vorgeworfen, nicht kämpferisch genug vorzugehen und forderten damals, sofort zu streiken. Betriebsrat Weiß reagierte überzogen: »Die linken die Leute« und wandte sich gegen ein »Aufheizen der Stimmung«. Da zu dem Zeitpunkt noch die Friedenspflicht bestand, wären das »wilde Streiks« gewesen mit allen juristischen Folgen. Es war richtig, die Frist abzuwarten, was zugleich auch den Druck im Kessel erhöhte. Die MLPD hatte in der Nachbarschaft Spenden gesammelt. Auch die DKP zeigte ihre Solidarität mit den Streikenden, wie auch andere linke Gruppen. Ihr Vorsitzender Stehr besuchte das Streikzelt. In der UZ wurde laufend berichtet. Die Nachricht, die Belegschaft hätte das Werk übernommen, war aber Wunschdenken.

Alle Beteiligten auf Arbeiterseite vertraten noch lange die Illusion, die Schließung der AEG könnte durch größtmöglichen Einsatz doch noch verhindert werden. Es ist zu vermuten, daß die meisten aber selbst nicht mehr daran glaubten. Das Ziel, die Arbeitsplätze zu erhalten, war jedoch die Trieb-

kraft für eine gesellschaftliche Solidarität in großer Breite, wie sie ein reiner Lohnkampf nicht zu erzeugen vermag.

»Die Solidarität für uns geht in die Geschichte ein!«

begeisterte sich noch nach mehreren Wochen Streik der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Weiß. Zieht man die Gewichtigkeit des Beistands in Betracht, muß an vorderster Stelle die Solidarität im eigenen Konzern, in der eigenen Branche und in der eigenen Gewerkschaft stehen.

Die europaweite Solidarität kam jedoch über Sympathiegesten nicht hinaus. Laut »Europäische Metallgewerkschaft« wehrten sich zeitgleich Beschäftigte in Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich, Schweden und Ungarn. Betriebsratschef Dix frohlockte, man werde sich von nun an nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen. Leider sah er die Lage zu optimistisch. Nur die Arbeiterinnen und Arbeiter der fünf italienischen Werke hatten sich dem Nürnberger Protest angeschlossen und für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Da, wo es auch darauf ankam, in den neu errichteten polnischen Fabriken die erst kürzlich Eingestellten von einer Electrolux entlastenden Mehrarbeit abzuhalten, war von vornherein aussichtslos. Bei der Arbeitslosigkeit und Armut in Südpolen stand es außer Frage, daß jene, die vermeinten das große Los gezogen zu haben, es nicht wieder aufs Spiel setzen würden.

Der Beistand für die Streikenden in Nürnberg aus der eigenen Branche war beachtlich, kam er doch auch aus den Konkurrenzbetrieben. Am 7. Februar kamen 3.500 zum Tag der »Weißen Ware« nach Nürnberg und zogen in großen Kolonnen durch die Stadt und vor die AEG-Werkstore. Sie reisten aus den Werken von Bosch, Liebherr, Miele und Bauknecht an. Nach fünfstündiger Sonderzugfahrt waren 400 Gewerkschafter von ACC Motors aus Oldenburg gekommen, die dort ebenfalls ihre Arbeitsplätze bedroht sehen. In Oldenburg standen an diesem Tag die Räder still. In fröstelnder Nässe kam es zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen das Electrolux-Diktat. Geht von solchem Engagement auch keine direkte materielle Gewalt gegen das immer dreister werdende Unternehmerlager aus, keine relevante Profitreduzierung, so wurde zumindest ersichtlich, daß dieser AEG-Kampf das Format eines Politikums angenommen hatte. Das zeigte sich auch in der breiten Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen weit über die örtlichen Metallbetriebe hinaus. In letzteren vor allem kam es zu handfester Unterstützung.

Um nur einige Beispiel zu nennen: Bei Osram Ingolstadt wurden 1.700 Euro gesammelt, der MAN-Betriebsrat brachte von der Belegschaft 2.400 Euro, viele kleinere Beträge kamen aus anderen Nürnberger Betrieben, aber auch von außerhalb. ver.di-Kollegen überbrachten 1.500 Euro. Der Personalrat der

AOK hatte 1.700 Euro gesammelt. Von Posterern und von Kollegen bei Diehl stammten Lastwagenladungen mit Holz als Futter für die Feuer in den Tonnen zum Aufwärmen der Streikenden. Beschäftigte von anderen Betrieben der Region, von Federal Mogul, MAN, Semikron, Emuge, Honsel, Diehl usw. zeigten ihre Solidarität und das bei minus 10 Grad. Die Kolleginnen und Kollegen der IGM-Verwaltungsstelle Regensburg kreuzten auf mit 600 Euro in der Tasche. Sogar aus Bremen reisten Stahlwerker und Dynamo-Beschäftigte an. 800 Gewerkschaftsjugendliche kamen aus ganz Deutschland. Am 31.1. zum Tag der Solidarität reisten 15 Busse an, aus München, Passau und Aschaffenburg. Höhepunkt war die große Demonstration mit Fackelzug, zu der der DGB aufgerufen hatte, um zusammen mit Nürnberger Bürgern die AEG zu umzingeln. Über 6.000 bildeten eine Menschenkette. Als Redner war von der Stadt Nürnberg der Oberbürgermeister vertreten, Kirchenvertreter und Gewerkschaftsführer unterstützten die Streikenden. Der Nürnberger Stadtrat hatte das Schließungsvorhaben einstimmig (!) verurteilt. Selbst Stoiber mußte »Verständnis für die AEG-Beschäftigten« heucheln. Auch der Wirtschaftsreferent der Noris, Roland Fleck (CSU), der in der Bildzeitung noch der IG Metall einen Teil der Schuld für die Schließung aufgebürdet hatte, mußte umstecken und zog nun gegen die »unangemessene schwedische Eisblockmentalität« zu Felde. Doch nur ein CSU-Stadtrat kam vor die Werkstore und verteilte Wienerle.

Die Streikenden verteilten Flugblätter in der Stadt. Die Firma Stadtreklame klebte kostenlos 500 Plakate: »AEG muß leben!«. Zu Beginn eines Club-Spiels durfte eine AEG-Gruppe im Stadion eine Ehrenrunde drehen, unter großem Beifall der Fans. Die Sympathie war sehr breit gefächert, vom Einzelhandelsverband, der Handwerkskammer, Bürgervereinen, Bund der katholischen Jugend, der Stadtmission bis zu den Kirchengemeinden. Dabei gab es immer wieder Sonderbares zu vermelden. Der CSU-Alt-OB von Landshut, Josef Deimer, hielt im Streikzelt eine fast linke Rede. Er forderte »eine ökonomische Gesamtbilanz dieses realexistierenden Kapitalismus« und unterstützte »das Recht auf Arbeit. Die Schere zwischen verschämter Armut und unverschämtem Reichtum geht immer weiter auseinander.« Da ist man schon versucht, zu fragen, wer das wohl zu verantworten hat. Sogar der Landesverband bayerischer Einzelhändler forderte seine Mitglieder auf, Electrolux-Marken nicht mehr zu ordern.

Die Wände des StreikzELTS wurden mit Solidaritätsadressen tapeziert. Fremde Menschen brachten Weißwürste und Wienerle, Bäckereien spendeten Krapfen, Restaurants Pizzas und Hühnersuppe, ein Getränkehändler aus der Oberpfalz 2.000 Becher Punsch und das alevitische Kulturzentrum süße Suppe. Adidas-Personal spendete warme Kleidung, von der Mudra-Drogenhilfe kamen vier Ster Holz, in der Firma Trix wurde gesammelt. Eine ältere Dame gab 250 Euro einfach so. Beim Konzert von Konstantin Wecker hatten SPDler 312 Euro gesammelt, der Künstler selbst trat im Streikzelt auf. Aus Düsseldorf waren Gate Gourmet-Beschäftigte angereist, die selbst im Ausstand stehen. Als 100 selbst von Entlassung bedrohte Angestellte der Victoria-Versicherung eintrafen, gab es ein großes Hallo.

Besonders erwähnenswert war die Solidarität vieler Sozialdemokraten, ganze Ortsvereine zeigten ihren Beistand. Es muß für viele von ihnen wie ein »Befreiungsschlag« gewesen sein, endlich wieder mal das soziale Herz zeigen zu können, nach allem Frust mit Agenda 2010, Rente mit 67 und

sonstigem Teufelszeug, das man so brav geschluckt hat und bezeichnenderweise immer noch schluckt.

Am 20. Februar gab es wieder einen Höhepunkt. Für die bayernweite zentrale Demonstration der Streikenden des Öffentlichen Dienstes war Nürnberg ausgesucht worden, um ver.di- und IG Metall-Kämpfende zusammenzubringen. Mit 44 Bussen waren sie gekommen, um in langen Zügen, mit Trillerpfeifen bewaffnet, zur Kundgebung vor das Gewerkschaftshaus auf den Kornmarkt zu ziehen. Es waren über 4.000, darunter Hunderte Polizeibeschäftigte in grünen Leibchen, das war eine unerwartet große Zahl. Dieses Engagement mag wohl auf die besondere Schärfe der Auseinandersetzung im Öffentlichen Dienst in Bayern zurückzuführen sein. Der CSU-beherrschte »Freistaat« möchte ja neben der Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes die Stundenzahl von 38,5 auf sogar 42 Stunden erhöhen!

Angesichts der wütenden Kolleginnen und Kollegen und eines Novums, des Zusammenstehens zweier Gewerkschaften, ruft AEG-Streikleiter Jürgen Wechsler von der LKW-Tribüne auf den vollen Platz: »Vielleicht erleben wir den Aufbruch zu einer neuen Zeit – wir lassen uns nicht mehr alles gefallen!« Auch ver.di Vize Michael Wendl stimmt ein: »Der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst ist kein Streik der Vergangenheit, sondern Auftakt einer neuen Epoche!« In einer fast einen Kilometer lange Schlange ziehen die Demonstranten dann zur AEG und blockieren dabei die Verkehrsströme.

Die Breite und Tiefe der Solidarität in der Nürnberger Region wäre undenkbar gewesen ohne das starke Engagement der hiesigen Presse. Das Fast-Monopol haben hier die »Nürnberger Nachrichten«. Auch die konkurrierende, rechtsstehende »Nürnberger Zeitung« ist im Besitz des Verlegers Bruno Schnell. Er hat beide von seinem Onkel Dr. Joseph Drechsel geerbt, der 1945 als KZ-Überlebender die Lizenz erhielt. Dieser war Antifaschist und Mitglied des Niekisch-Kreises. Bei verschiedenen geschichtlichen Ereignissen sah er sich veranlaßt, mit der Wucht seiner Zeitung einzugreifen. Das war damals so für Heinemanns GVP, gegen die Wiederaufrüstung, gegen den NPD-Aufmarsch in Nürnberg 1969 und gegen den Vietnam-Krieg. Sein Neffe Bruno Schnell, wie sein Onkel ein sehr engagierter und sozialer Unternehmer, läßt mit wenig Rücksicht auf Anzeigenkunden kaum eine Gelegenheit aus, um gegen den »Raubtierkapitalismus« – wie er es sieht – zu Felde zu ziehen. Im Fall AEG hat er nun, man kann schon fast sagen kampagnenartig, Stellung für die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter bezogen. Wochenlang wurde über viele Seiten berichtet und entsprechend kommentiert, die »Heuschrecken« und die Macht der Konzerne angeprangert. Das hat gewaltig zur Mobilisierung gegen die Schließung des Nürnberger Werks beigetragen. Unter dem Mantel einer Solidaritätsspende der NN / NZ –Beschäftigten legte der Verleger den »Rest« drauf, um die Streikenden mit 10.000 Euro zu unterstützen. Eine ganzseitige Anzeige, vom Verlag bezahlt, tat das der Öffentlichkeit kund. Es gibt eben in der Politik immer wieder mal was Überraschendes, neben dem Allgemeinen das Besondere.

Eine Politiker-Wallfahrt nach Nürnberg

Je mehr die Medien, auch das Fernsehen, den Kampf um die AEG-Arbeitsplätze bundesweit bekannt machten, um so mehr schalteten sich Bundes- und Landespolitiker ein und reisten an zum Nürnberger Streikzelt. Den im Ausstand befindlichen AEGlern war jeder Besuch recht, wenn die »Partei Größen« nur

ihren Streik verbal unterstützten und einen 50 Euro-Schein da ließen; je schärfer die Töne, desto größer der Beifall. Daß die starken Sprüche nur zu oft deren konkretem politischen Handeln widersprach, wurde überhaupt nicht hinterfragt. Ist bei den Streikenden so wenig politisches Bewußtsein und Wissen vorhanden? Wahrscheinlicher ist, man will es nicht wissen. Viele beschränken sich auf den eigenen Tellerrand! Es wurde auch nicht in Frage gestellt, warum die Politprominenz zu Beginn der fast siebenmonatigen Auseinandersetzung noch keine Notiz nahm, als ein Protest auf höherer Ebene vielleicht noch mehr hätte bewirken können. Nun stärkt es zwar die allgemeine Sympathie, wenn namhafte Politiker sich für die Sache der Streikenden erklären, macht aber auch die politische Wirrnis der AEG-Beschäftigten offensichtlich, da viele dieser Politgrößen in Wirklichkeit falsche politische Freunde sind. Es ist ihnen nicht abzusprechen, daß sie alle wollen, daß der Standort nicht geschlossen wird, oder die dort Beschäftigten eine möglichst große Abfindung erstreiten. Doch daß die Werk tätigen in der AEG und woanders nur das ausbaden, was auf höherer politischer Ebene die gleiche Prominenz mit zu verantworten hat, das ist der eigentlich groteske Widerspruch. Er wird entweder nicht durchschaut oder von den Funktionären der IGM unter den Tisch gekehrt. Ist es nicht Tatsache, daß jene nun lautstark Folgen beklagen, für deren Ursachen sie eindeutig mit verantwortlich sind? Diese Politprominenz gehört zu den Parteigängern des kapitalistischen Gesellschaftssystems, was auch die Akzeptanz von dessen Gesetzmäßigkeiten einschließt. Das beinhaltet in Zeiten größter ökonomischer Widersprüche auch die Fratzenseite dieser Ausbeutungsgesellschaft. Da kann man nicht einfach den »Raubtierkapitalismus« abbestellen, weil er nicht gefällt. Es hat den Anschein, keiner der ins AEG-Zelt pilgernden SPD-Politiker hatte in dieser Hinsicht auch nur im geringsten ein Problem oder gar ein schlechtes Gewissen.

Der ehemalige SPD-Chef Hans Jochen Vogel war da, der stellvertretende Bundestagsfraktionsführer Stiegler, dazu Pronold, Staatssekretär MdB Gloser, Bayerns Landtagsfraktionsführer Maget, Oberbürgermeister Maly usw. Der Besuch des SPD-Generalsekretärs Hubertus Heil wurde in der Streikzeitung Nr. 16 groß aufgemacht. Der »Hubertus« sparte nicht mit großen Worten: »600.000 rote Brüder und Schwestern stehen hinter eurem Kampf«. Da kann man nur sagen, ach, wenn sie nur »rot« wären. Aber halt, Selbstkritik schafft Glaubwürdigkeit. Wie sagte doch der Generalsekretär: Die SPD habe in der Vergangenheit einige politische Fehler

begangen. Aber damit müsse jetzt Schluß sein. Also nur »Fehler« sollen es sein. Das Mitregieren bei Frau Merkel schaut aber anders aus. Daß sich Vizekanzler und Merkel-Partner Müntefering kurz nach seiner »Rente-mit-67« Provokation hertraute und ungeschoren wieder gehen konnte, auch das zeigt den politischen Tiefstand der deutschen Arbeiterbewegung an. Müntefering ließ eine ganze Anzahl hohler Sprüche los: »Mit dem Ziel der absoluten Gewinnmaximierung werden Arbeitsplätze vernichtet.« »Das ist mit mir und der SPD nicht zu machen.« »Arbeitnehmerrechte werden nicht geschleift in dieser Regierung.« »Ein soziales Europa darf kein Sozial- und Steuerdumping bedeuten.« Man meint im falschen Zug zu sitzen – wer hat denn sieben Jahre lang die letzte Regierung geführt? Wer hat die Arbeiterklasse mit der Agenda 2010 heimgesucht, ihr Hartz IV aufgebrummt, die große Steuerverteilung zugunsten der Reichen fortgesetzt, war das nicht die Schröder-Regierung, bei Billigung der Grünen und der Union? Und, was die Große Koalition angeht, da könnten uns nach den März-Wahlen noch die Augen übergehen, was die »Arbeitnehmerrechte« angeht. Rentenkürzung, Gesundheits-»Reform«, Pflegeversicherungs-»Reform« usw., das wird mit der SPD und Müntefering sehr wohl zu machen sein, das beweist die Vergangenheit. Und was auch die von der Schließung des AEG-Werks Betroffenen schmerzlich beschneiden wird: Mit Hilfe der SPD wurde die volle Besteuerung der Firmenentschädigungszahlung eingeführt, was im Einzelfall 20 – 30% Minderung ausmachen kann. Haben sich die Streikenden bei Müntefering dafür bedankt?! Es war Engelen-Kefer, die im Streikzelt noch mal angesprochen hat, daß der Staat ja mitverdient bei so einer Schließung und daß die Unternehmer die Kosten der Arbeitsplatzverlagerung von der Steuer absetzen können. Nun weiß man wenigstens, wie man mit solchen Kritikern umgeht, die die Wahrheit ans Licht bringen: Als zweite DGB-Vorsitzende wird Engelen-Kefer demnächst gestürzt. Übrigens haben z.B. im Aufsichtsrat der noch im Mehrheitsbesitz der Bundesregierung befindlichen Telekom alle Aufsichtsräte aus den Koalitionsparteien, also auch aus der SPD, der Entlassung von 32.000 Beschäftigten zugestimmt. Wie lange dauert es noch, bis die Arbeiter Münteferings Lügen durchschauen?

Im bayerischen Landtag scheiterte der Antrag einer ausdrücklichen Mißbilligung der Betriebsverlagerung an der CSU-Mehrheit, sie wurde nur »bedauert«. Bundeswirtschaftsminister Glos, CSU, hat sich bei der EU »beschwert« und verlangt Betriebsverlagerungen künftig von EU-Förde-



rungen auszuschließen. Heiner Geißler, der CDU-Außen-seiter, sagte zu den Streikenden: »Die AEGler, die um ihre Existenz kämpfen, haben recht.« Noch schärfer die Vertreter der Linkspartei bzw. WASG. »Eine verantwortungslose Verbrecherbande« nannte Klaus Ernst die Kapitalisten von Electrolux. Scharfe Worte, die aber verschleiern, daß diese nur nach der kapitalistischen Logik handeln. Lafontaine legte los wie nie zuvor.

Gegen den »Irrsinn eines immer hemmungsloser agierenden Raubtierkapitalismus«; gegen »Heuschreckenfonds«, gegen »das Streben nach Kapitalrenditen von 25%« – eine »Kriegserklärung an die Gerechtigkeit« sei das. Er wettete gegen »die Umverteilung von unten nach oben« und gegen »das weltweite Spielcasino der internationalen Finanzmärkte«. Die Schließung profitabler Betriebe dürfe nicht ohne Zustimmung der Belegschaft erfolgen – denn die wirklichen Eigentümer, das sind die Leute, die ihre Lebensarbeit in diesem Betrieb stecken haben – nicht die paar Hanseln, die vor 100 Jahren mal ein paar Mark investierten.« Es war ein Heimspiel für den Fraktionsführer der Linkspartei. Er wurde mit »donnerndem Applaus« und »Oskar, Oskar«-Rufen gefeiert. Bei Lichte betrachtet hat sich aber seine Rede nicht viel von manchen linken Sozialdemokraten unterschieden, denn das kapitalistische System als solches wurde auch von Lafontaine nicht in Frage gestellt. Damit bleibt vieles als Wortradikalismus im luftleeren Raum. Der Fall AEG ist eben kein Einzelfall, kein Ausrutscher, wie Lafontaine es sieht: »Sie müssen aufhören, in der Art zu wüten, wie sie es in Nürnberg begonnen haben«. Die Schweinereien der Kapitalisten

wurden keineswegs in Nürnberg »begonnen«, sie wurden hier fortgeführt und auf die Spitze getrieben, da die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die Machtverhältnisse dies eben zulassen.

Mitte Februar gab es Beistand von zwei grundverschiedenen Seiten: Ein leibhaftiger Bischof begab sich ins Streikzelt und die Organisierten Autonomen gaben ihren politischen Einstand. Der Erzbischof von Bamberg, Ludwig Schick, nahm Partei für die Beschäftigten, ohne der Kapitalseite allzu weh zu tun. Immerhin spendete er 200 Euro, das vierfache von Lafontaine. Die Organisierten Autonomen konnten sogar einen Demonstrationzug mit etwa 250 Leuten zusammenstellen. Sie zogen vom Stadtteil Gostenhof ins Streikzelt und übergaben eine 1000.- Euro-Spende.

Der CSU-MdB aus dem Wahlbezirk Rothenburg, Josef Göppel, forderte »eine andere Wirtschaftsordnung, die das Kapital so reguliert, daß Investieren und Desinvestieren, je nach Gutdünken und Renditeaussichten, beschnitten werden.« Aus den Electrolux-Konkurrenzwerken in Italien, auch aus Porcia, traf nun doch noch eine Gewerkschaftsdelegation ein. Sie widersprach der Behauptung der hiesigen Geschäftsleitung, sie hätten die Geräteproduktion hochgefahren, um den Ausfall im Nürnberger Werk zu ersetzen. Am 27. Februar kam es noch mal zu einer beachtlichen Solidaritätsveranstaltung. Eine Delegation der IGM Küste überreichte den ansehnlichen Betrag von 5.500 Euro. Auch die Kollegen von Siemens VDO hatten 1.300 Euro gesammelt. Hans-Joachim Patzelt vom Sozialforum überbrachte 3.000 Unterschriften, von Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern gesammelt.

Eindruck eines Gewerkschafters aus Bremen

Auf der Hinfahrt ging uns die Frage durch den Kopf: Was erwartet uns? Wie sieht es wohl vor den Toren aus?

Als wir vor dem Nürnberger Hauptbahnhof Leute ansprachen, wussten die Menschen aufgrund unserer IG-Metall-Jacken sofort, wohin wir wollten und zeigten uns den Weg. Wir spürten: Hier steht die ganze Stadt hinter der kämpfenden Belegschaft. Und dann sahen wir vor jedem Tor 30 bis 50 Leute. Vor dem Haupteingang ein Zelt mit 300 bis 400 Leuten. Das VKL-Banner der Stahlwerke kündigte uns von weitem an, und so kamen uns gleich Kollegen mit Applaus entgegen. Das Zelt tobte, als unsere Ankunft bekannt gegeben wurde. Die Grußworte unserer Delegation wurden begeistert aufgenommen. Ich habe direkt eine Gänsehaut bekommen. Ein Lloyd-Dynamo-Kollege aus unserer Delegation sagte: »Wir gehörten früher auch zu AEG. Mit uns ist man auch schäbig umgegangen. Wir sind fast froh, nicht mehr dazuzugehören.«

Bei der Streikleitung, die sichtbar zu wenig Schlaf gehabt hatte war jedoch keine Ermüdung zu spüren. Was ich dann sah, war überwältigend: Überall standen viele Frauen und Kinder. Die Bäcker, Schlachter, Händler hatten Hähnchen, Würstchen, Kaffee, Kuchen, Torten gebracht, Döner gab's vom Türken. Die kleinen Geschäftsleute wissen, dass ihre eigene Existenz durch die Arbeitslosigkeit von Arbeitern bedroht ist.

Die eiserne Haltung der streikenden Kollegen klang überall durch. Für mich war klar, warum die IG Metall sich hier so engagierte:

Dieser Streik hat Symbolcharakter.

40 Tage kämpferischer Ausstand

Seit dem 12. Dezember gab es nur sechs Produktionstage. Die Belegschaft der AEG nahm ihr »Informationsrecht« in Anspruch, 2 Stunden täglich. 45 Versammlungen wurden abgehalten. In der ersten Streikwoche wurden 25.000 Geräte nicht produziert. Gestreikt wird Tag und Nacht mit Disziplin und Pünktlichkeit. Die Feldkantine versorgt täglich 1.200 Streikende. Ein Betriebsrat erklärt, dank des Streikgeldes hätte man höchstens 200 Euro weniger im Monat. Er versichert, wie viele andere: »Gestreikt wird bis zum letzten Tropfen«. Lange reagiert die Geschäftsleitung überhaupt nicht oder schickt nachgeordnete Manager in ergebnislose Verhandlungen. Als Straberg den Manager Winkler dann beauftragt, wundert der sich: Ein so systematisches Lahmlegen habe es noch nirgends gegeben und noch nie so einen Aufstand wie in Nürnberg. Die IGM läßt eine zeitlang die Geschäftsleitung zappeln, lehnt eine Vermittlung Stoibers ab. Der Streik soll richtig wirksam werden, wehtun. Nach 3 Wochen fragen sich die Streikenden: wird Straberg mürbe? Es gibt ja keine Lieferungen mehr, die Lager mit Waschmaschinen, Trocknern und Geschirrspülern mußten sich leeren, da auch die Logistik in den Streik getreten ist. Werke in Italien und Polen sind auf Blechlieferungen und auf Kunststoffteile aus Franken angewiesen. Auch bei den großen Kunden, wie Quelle und Karstadt, knirscht es schon. Bei Tevi in Nürnberg z.B. geht der Umsatz mit AEG-Produkten um 70 % zurück. Der Vertrieb aller Waren aus der AEG-Familie soll in Deutschland um 40 % gesunken sein. Auch die Zulieferer geraten unter Druck. Die Geschäftsleitung versucht die Streikfront mit Falschinformationen und Spaltungsversuchen aufzubrechen: 500.000 Nürnberg zugeordnete Geräte würden schon an ausländischen Standorten gefertigt. In Italien und Polen gebe



es schon Sonderschichten, 50 % der benötigten Ware würden schon von anderen Werken geliefert. Das wurde von Gewerkschaftsseite heftig abgestritten.

Daß der Ausstand zu wirken begann, zeigte des Konzernchefs Straberg Reaktion: Der IG Metall gehe es ohnehin nur darum, ihren Mitgliederschwund zu stoppen. Was jetzt passiere, sei ein »Symbolkampf«. Auch Kannegießer, Arbeitgeberpräsident Gesamtmetall, giftete, die Streikenden brächten den Standort Deutschland in Verruf. Daraufhin bezeichnete ihn der Leitartikler der »Nürnberger Nachrichten« als »Brandstifter«. Im allgemeinen hielt sich aber das Unternehmerlager angesichts der Stimmung im Lande zurück.

Die finanziellen Vorstellungen liegen weit auseinander. Die IGM will ein Absicherungspaket, das etwa 400 Mill. Euro ausmachen würde. Dem stehen Electrolux-Zahlen von 100 Millionen Euro gegenüber und nicht drei Monatslöhne Entschädigung pro Jahr, sondern nur 0,7, was eine Begrenzung auf ca. 60 000 Euro durchschnittlich pro Beschäftigten bedeuten würde. Die Kosten für die Schließung möchte die IGM auf 700 bis 800 Mill. hinauftreiben, auch um sie für den Konzern unrentabel zu machen. Der Konzern hält an 230 bis 250 Millionen fest.

Nach festgefahrenen Verhandlungen hat nach einiger Zeit Electrolux die Verhandlungen doch wieder gesucht. Was aber ein Zugeständnis sein sollte, fanden die Betriebsräte nur lächerlich. Z.B. sollte statt von 0,7 Monatslohn nun von 0,77 Monatslohn ausgegangen werden. Jetzt soll ein neutraler Vermittler die Verhandlungen wieder in Gang bringen. 400 Mill. müssten schon im Koffer von Manager Winkler sein, meinte die IGM. Gibt es keine ernsten Angebote, »dann streiken wir eben weiter, drei oder vier Monate«, drohte der Bezirksleiter der IGM-Bayern Neugebauer. Solche starken Worte sollen wohl vergessen lassen, daß er im Vorfeld des Streiks bereits mit einem faulen Kompromiß liebäugelte: »Hätten wir ein Drittel nachgegeben, wäre ein Ergebnis in drei Stunden möglich gewesen.« Electrolux drohte, das Werk schon 2006 statt 2007 ganz zu schließen, sollte keine Vereinbarung nach Strabergs Gusto zu erreichen sein. Streikleiter Jürgen Wechsler hielt dagegen: Wenn Electrolux weiterhin mit Drohungen und Machenschaften arbeite, könne es zu einer Explosion bei den Streikenden kommen. Neugebauer wiegelte ab: »kriegsähnliche« Zustände entsprächen nicht dem Stil der Gewerkschaften.

Ende Februar wurde weiter verhandelt, doch ohne Erfolg. Man kam überein, den ehemaligen CSU-Wirtschaftsminister Wiesheu als Vermittler zu bestellen. Der Forderung Winklers,

die Auseinandersetzung über AEG-Servicegesellschaften zurückzustellen, wurde von der IGM entsprochen.

Einen Hintergrund für die harte Haltung der Electroluxleitung können vielleicht Spekulationen über Börsen- und Finanztransaktionen aufhellen. So soll der koreanische LG Electronics-Konzern eine feindliche Übernahme von Electrolux planen. Auch der US-Gigant Whirlpool soll in Electrolux einen Kandidaten sehen. Nach Vernehen will Straberg dem zuvorkommen, indem Electrolux selbst Aquisitionen vornimmt, wozu große Finanzmittel notwendig sind. Straberg dazu: Es werde sich schon erweisen, daß »wir die Räuber und nicht die Beute sind«. Bei so einem »Spiel« sind freilich die davon betroffenen Menschen in den Betrieben nur noch belanglose Figuren auf dem Schachbrett des großen Geldes. Ein in die Wege geleitetes Restrukturierungsprogramm soll bis 2008 nicht weniger als 2,7 – 3,7 Milliarden Euro einsparen.

Eine offene Flanke

Im September vorigen Jahres verfügten die Chef-Manager die Aufspaltung der AEG in fünf GmbH's. Neben dem Nürnberger Werk entstanden die Logistics GmbH, Distriparts GmbH (Ersatzteillager), Vertriebs- und Service GmbH In den vier Letzteren arbeiten 800 Menschen. Ein Zweck der Ausgliederung war das Vorhaben einer Tariffucht, weg von den höheren Tarifen der IGM. Der Anschluß an den Arbeitgeberverband Groß- und Außenhandel wurde vollzogen. Es geht darum, eine 38,5 Stundenwoche durchzusetzen und der Schritt ist mit Lohneinbußen bis zu 45 % verbunden. Ein Staplerfahrer z.B. müßte etwa 450 Euro einbüßen. Zeitgleich mit dem AEG-Streik versucht die IGM, bei diesen Dienstleistern eine Rückführung in die Metallbereichsbedingungen durchzusetzen. Zu diesem Zweck und als Druckmittel im Werksstreik wurde bei Logistics zur Urabstimmung mobilisiert. 90,7 % waren ein gutes Ergebnis und seit 27.1. begann der Streik auch im Nürnberger Hafen. 50 bis 70.000 Geräte sollen in den Hallen liegen. Jede Auslieferung ist nun blockiert. Auch das Auslieferungslager Dormagen hat sich dem Streik angeschlossen. Die Betriebsleitung hat nun die Logistikfirma Zwenkau in Sachsen aufgetrieben. Man fragt sich bei der Nürnberger Belegschaft nur, mit welchen Geräten die dann bestückt werden soll.

Im Ersatzteillager Distriparts arbeiten 180 Kolleginnen und Kollegen, davon 111 in Nürnberg. Waren an einem Solidaritätsprotest für die Werkbelegschaft noch 80 von ihnen beteiligt, so verlief die Urabstimmung mit 77,7 % nicht nach Wunsch des kämpferischen Teils der dort Beschäftigten. Am 8. Februar hatte es nachmittags noch einen Warnstreik gegeben. Doch eine geplante Protestaktion der IGM ging in die Hosen: Vom Ersatzteillager beteiligten sich nur 70, von der Rothenburger Herdfabrik (1.300) nur 30 Metaller. Die Vorgesetzten im Ersatzteillager gingen durch die Werkhallen und übten einen gewaltigen Druck aus. Innerhalb der Belegschaft kam es zu bösem Streit. Die Angst vor dem Verlust des scheinbar noch sicheren Arbeitsplatzes ging um. Dabei stellt sich die Frage, wie lang noch die Arbeitsplätze in den vier Dienstleistungs-GmbH's sicher sind, wenn das Werk einmal nicht mehr besteht. In einem offenen Brief erklärten sechzig Beschäftigte, sie fühlten sich vom Betriebsrat nicht mehr vertreten. Die Spaltung war da.

Auch in der Service GmbH kam es zum »Aufstand« von ca. 40 Kundendienstlern, die in einem Leserbrief in den NN

sich vom Kurs der IGM distanzierten und gegen deren kämpferischen Ton polemisierten. In der Electrolux-Herdfabrik in Rothenburg, ca. 60 km westlich von Nürnberg, brummt momentan das Geschäft. Dort arbeiten 1.300, darunter 180 Leiharbeiter. Dem Aufruf zu einer Solidaritätskundgebung mit den Nürnberger Streikenden folgte nur eine Minderheit. Viele fürchten, von den Folgen des Streiks würden ihre Arbeitsplätze gefährdet. Manager Winkler beschuldigte den Streikführer Wechsler, er komme seinen Aufgaben als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender nicht nach. Er gefährde »kerngesunde Arbeitsplätze«, wie in Rothenburg. Zur selben Zeit wird berichtet, in Polen entstehe gerade eine neue Herdfabrik.

Nachdem Ende Februar die Verhandlungen zwischen den Nürnberger Streikenden und der Betriebsleitung begannen konkreter zu werden, hat die Werksleitung der Gewerkschaft zugesagt, die Umsetzung der neuen, schlechteren Arbeitsverträge bei den GmbH's auszusetzen und die Gespräche vorerst auf das Nürnberger Werk zu konzentrieren. Die IGM war einverstanden, hat sich für sie doch dort eine offene Flanke ergeben.

Warenboykott und Käuferzurückhaltung kann unter Umständen zu einem zwiespältigen Kampfmittel werden. Für die Streikenden im Nürnberger Werk ergab sich daraus ein gehöriges Druckmittel gegenüber den Konzernbossen. Dagegen bangten die Beschäftigten an anderen Standorten und auch die der Dienstleistungsgesellschaften vor Kurzarbeit und Arbeitsplatzgefährdung.

Ein schmerzlicher Kompromiß

Beide Seiten unterlagen nach über fünf Wochen Arbeitskampf dem Gesetz der Abnutzung. Der Konzern konnte kaum mehr liefern. In vielen Filialen von Saturn, Media-Markt und Makro-Markt z.B. konnten keine AEG-Großgeräte mehr angeboten werden. Es drohte der Markenname AEG bei den Kunden schwer an Ansehen zu verlieren. Welche finanziellen Verluste schon entstanden waren, wird man wohl nicht erfahren.

Auch bei den Streikenden nahmen die Abnutzungerscheinungen zu, vor allem wegen der Kälte und dem eintönigen Warten. Die Beachtung bei den Medien nahm ab und naturgemäß auch der Schwung der Solidarität. Für die IGM waren die Kosten beträchtlich angewachsen und hatten ein größeres Loch in die Kasse gerissen als gedacht. Auch inhaltlich war vieles klarer, es gab keine Hoffnung mehr, das Werk zu retten, auch nicht bei Fortsetzung des Ausstandes. Das Gefühl der Ohnmacht und Perspektivlosigkeit in der Belegschaft nahm zu, als sie erkennen mußte, daß die Kapitalisten in Stockholm ihre Übermacht brutal ausnutzen würden. Die Weigerung der Kollegen vom Ersatzteillager, den Kampf auch aufzunehmen, war ein Alarmsignal. Man durfte nicht versäumen, das Eisen zu schmieden, solange es noch heiß war und die Gewerkschaftsmitglieder der anderen Electroluxbetriebe nicht von der »Fahne« gingen.

Ein Spitzengespräch Stoiber-Straberg-IGM in München war ergebnislos geblieben. Durch die Vermittlungen Wiesheus kamen endlich – nach fast sechswöchigem Streik – die immer wieder ins Stocken geratenen Verhandlungen in ein entscheidendes Stadium. Am 1. März kam es zum Durchbruch. 15 Stunden hatten die zähen Verhandlungen gedauert, bei denen Wiesheu mehrmals bei Straberg in Schweden telefonisch um Einverständnis ersuchen mußte. Das Ergebnis

ist zwiespältig. Es beinhaltet Niederlage und Durchbruch gleichermaßen.

Streikleiter Jürgen Wechsler und Betriebsratsvorsitzender Dix mußten den schweren Gang zu den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen antreten. Die schmerzhafteste, aber längst erwartete Botschaft war: »Das oberste Ziel, der Erhalt der Arbeitsplätze in Nürnberg, konnte nicht erreicht werden, weil die politischen und rechtlichen Voraussetzungen in Deutschland dafür fehlen.« Sie hätten noch hinzufügen können, daß der Erhalt des Werks auch deswegen nicht erkämpft werden konnte, weil die ökonomische Stärke von multinationalen Konzernen ein Übergewicht darstellt, das unter den gegebenen kapitalistischen System- und Machtverhältnissen auch mit einem noch so langen Streik nicht zu überwinden ist. Es bleibt also bei der Schließung zum 31. 12. 2007; bis dorthin wird mit abnehmender Belegschaftszahl weitergearbeitet. Electrolux wird danach in Deutschland nur noch mit 2.000 Arbeitsplätzen vertreten sein. Von der Schließung in Nürnberg könnten 700 Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben betroffen sein.

Der schwer erkämpfte Sozialtarifvertrag (nur für ihn durfte ja gestreikt werden) sei »der beste, der je abgeschlossen wurde«, sagte IGM-Chef Neugebauer. Er geht weit über den Infineon-Vertrag hinaus und erst recht über die Electrolux-Vereinbarungen im Werk Herborn. Manager Winkler bezifferte die Kosten für den Sozialtarifvertrag auf ca. 15 Millionen Euro. Die Schweden behaupten, sie hätten den vorgesehene Betrag für die Schließung von 240 Millionen Euro nicht überschritten. So, wie es aussieht, kann das auch eine Beruhigungspille für die Aktionäre sein.

Die Abfindungsregelung beträgt statt der angebotenen 0,77 nun 1,8 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr. Dabei kämen, hieß es, durchschnittlich 90.000 Euro pro Beschäftigten heraus – minus Steuer. Es kommt natürlich auf den Einzelfall an. Da gibt es »Altgediente« mit 200.000 Euro und junge Hilfskräfte, die nur 12.000 Euro erhalten. (Die Regelung sieht vor, daß bei allen 666 Euro abgezogen werden.) Eine Pensionsregel für ältere Beschäftigte sieht eine Zuzahlung zum Arbeitslosengeld vor: Bei 53 bzw. 55 jährigen auf 81 bzw. 85% des Nettolohns bis zum 63. Lebensjahr. Die Firma zahlt für eine Beschäftigungsgesellschaft (Mypegasus / 6PQ) für ein Jahr 23,5 Millionen Euro. Eine Maßregelungsklausel verbietet Nachteile für die Streikenden.

Ein Erfolg wurden auch die Vereinbarungen für die Electrolux-Dienstleistungsgesellschaften. Für die Sparten Logistic, Service und Distriparts (Ersatzteillager) mußte die Geschäftsleitung die Tarifbindung an die Metall- und Elektroindustrie wiederherstellen. Das Wasser im Wein war die gewählte Form von vier Haustarifverträgen, wodurch voraussichtlich geringere Tarifierhöhungen bis 2009 zu erwarten sind. (0,5%, 1%, 1,5% jährlich). Bei der Vertriebs GmbH bleiben einige Bereiche außerhalb der Metallbindung. Für alle vier gilt die 37 Stunden-Woche, plus 66 Stunden-Qualifizierungen im Jahr. Eine Standort- und Beschäftigungsgarantie geht bis zum 31.12.2009. Das gilt auch für das Werk Rothenburg, eine erfreuliche Lösung. In der Logistik werden 50 Stellen und im Service 15 Stellen abgebaut. Insgesamt dürfte das ein Kompromiß für die Electrolux-Gesellschaften sein, der tragbar erscheint. [...]

Den gekürzten Artikel haben wir der Arbeiterstimme entnommen. Sie ist zu beziehen über:

Thoms Gradl · Postfach 910307 · 90261 Nürnberg

Der Kampf um Arbeitsplätze und seine Grenzen

Heidelberger Druckmaschinen in Kiel, Otis in Stadthagen, AEG in Nürnberg und CNH in Berlin sind nur die bekanntesten Beispiele für die Versuche von Belegschaften, sich mit einem Arbeitskampf gegen die angekündigte Verlagerung der Produktion zu stemmen. Bei CNH in Berlin befindet sich die Belegschaft bei der Erstellung dieser Ausgabe noch im Ausstand. Mit der Ausnahme des Bosch/Siemens/Hausgerätekwerkes (BSH) endeten bisher alle diese Auseinandersetzungen mit dem Abschluss eines Ergänzungstarifvertrages bzw. Sozialplans. Die Arbeitsplätze konnten trotz zum Teil wochenlanger Streiks nicht gesichert werden.

Fast alle Auseinandersetzungen um die Verlagerung von Produktionsstandorten haben eine ähnliche Vorgeschichte. In den betreffenden Betrieben wurden schon in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut. Die Belegschaften und ihre Betriebsräte hatten oft erhebliche Zugeständnisse gemacht in der Hoffnung, damit die verbliebenen Arbeitsplätze zu sichern. Doch die Hoffnungen, durch Verzicht den »eigenen« Standort retten zu können, endeten meist mit einem bösen Erwachen. Im Bündnis mit dem eigenen Unternehmen konnten die Interessen der Belegschaft nicht gesichert werden. Das gilt nicht nur auf betrieblicher sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Zugeständnisse der Gewerkschaften und ihre Zusammenarbeit mit Regierung und Kapital haben nicht zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen geführt. Alle Zugeständnisse in Lohn- und Arbeitszeitfragen haben nur die eigene Position geschwächt und die Gegenseite gestärkt sowie neue Begehrlichkeiten geweckt.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den leeren Versprechungen durch Unternehmensleitungen und Regierung

gen hat sich die Stimmung unter der arbeitenden Bevölkerung gewandelt. Die Bereitschaft sich zu wehren ist gewachsen. Die hohe Streikbereitschaft, wie sie in den Urabstimmungen des Öffentlichen Dienstes zum Ausdruck kam, ist ein Beispiel dafür. Das andere Beispiel ist die Zunahme der Streiks gegen die Verlagerungen von Produktionsstandorten.

Eine Voraussetzung aller Arbeitskämpfe gegen die Verlagerung der Produktion war deren Unterstützung durch die Gewerkschaft. Denn ohne die Zahlung von Streikgeldern ist keine Belegschaft bereit und in der Lage eine wochenlange Auseinandersetzung durchzustehen. Die betroffenen Belegschaften und die IG Metall mussten sich also einen legalen Rahmen in Form von Tarifforderungen (Ergänzungstarifvertrag) schaffen. Mit der Durchsetzung eines Ergänzungstarifvertrages soll der Preis für eine Werkschließung so hoch getrieben werden, dass die Konzerne von der beabsichtigten Verlagerung Abstand nehmen. Das eigentliche Ziel des Arbeitskampfes, die Sicherung der Arbeitsplätze, kann nicht Inhalt eines Tarifvertrages werden; in ihm werden nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegebenenfalls die Höhe von Abfindungen geregelt. Die Forderung nach einem Ergänzungstarifvertrag stellt somit nur eine Hilfskrücke dar; ein »offensives Instrument in der Defensive« nannte es der zuständige IG Metall-Sekretär in Berlin anlässlich der Auseinandersetzung um die Schließung von BSH. Doch mit diesem Instrument – so das Resümee der Erfahrungen – lassen sich die Folgen für die Betroffenen abfedern; der Abbau der Arbeitsplätze mit all den gesellschaftlichen Folgeerscheinungen lässt sich so nicht verhindern.

In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 10. März 2006 fasst der AEG-Betriebsratsvorsitzende Harald Dix aus Nürnberg seine Erfahrungen folgendermaßen zusammen:

»Kann eine Belegschaft überhaupt etwas dagegen ausrichten, wenn ein Konzern in Billiglohnländer verlagern will? Das ist extrem schwierig, wie unser Beispiel zeigt. Es braucht andere Schutzmechanismen. Zum Beispiel, dass Belegschaften in Unternehmen, die verlagern wollen, mehrere Jahre vor Kündigungen geschützt sind.

Das wäre ein extremer Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen.

Die Unternehmen greifen genauso extrem in die Lebensplanung ihrer Mitarbeiter ein. Konzerne wie Daimler-Chrysler oder VW stinken vor Geld, trotzdem bauen sie Zehntausende Jobs ab. Es geht hier um Profitmaximierung, sonst nichts.«

Die Belegschaften stehen nicht nur international agierenden Konzernen gegenüber. Die Konzerne handeln nicht aus »freien Stücken«; sie sind den Gesetzen und Triebkräften des Marktes – sprich der kapitalistischen Wirtschaftsordnung – unterworfen. Auch wenn sie schwarze Zahlen schreiben, der Konkurrenz- und Überlebenskampf treibt sie alle bei der Jagd nach den höchsten Profiten und Renditen. Die Belegschaften kämpfen – ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht – zugleich gegen die Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Nur wenn es ihnen gelingen sollte, nicht nur den wirtschaftlichen sondern auch den politischen Preis in die Höhe zu treiben, besteht die Chance den Gegner zu einem



Protest vor dem »Roten Rathaus« gegen die Schließung des Bosch/Siemens/Hausgerätekwerkes in Berlin Spandau

vorläufigen Rückzug zu zwingen. Allein durch Appelle an die »soziale Verantwortung« der Unternehmen, lassen sich diese nicht beeindruckt. Darauf beschränkt sich aber die politische Argumentation aus den Chefetagen der Gewerkschaften. Auf dieser Ebene verbleiben (mit Ausnahmen) auch die Solidaritätserklärungen der so zahlreich angereisten Politprominenz. Während Politiker von SPD und CDU die »soziale Verantwortungslosigkeit« der jeweiligen Konzerne verbal anprangern, schaffen sie dieser „Verantwortungslosigkeit“ die besten Rahmenbedingungen zur Erhöhung von Profiten und Renditen. Diese Politiker haben die Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Gesetzen sie als Arbeitgeber in Kommunen Ländern und im Bund auch unterworfen sind, längst zum alleinigen Inhalt ihrer gesellschaftlichen Vorstellungen gemacht. Das zeigen die Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst und die Propaganda gegenüber ver.di.

Ohne »Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen« kann der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen letzten Endes nicht erfolgreich sein. Dieser Kampf aber wäre kein rein tariflicher oder gewerkschaftlicher mehr; er müsste zu einem politischen Kampf mit den entsprechenden Forderungen nach einer Kontrolle von Investitions- und Verlagerungsentscheidungen werden. Das aber ist unmöglich, ohne das heilige Tabu, die Verfügungsgewalt über und die Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln in Frage zu stellen.

Von dieser Form des politischen Klassenkampfes sind wir noch weit entfernt. Er lässt sich weder durch Beschlüsse und Programme linker Parteien herbeiführen – seien sie linkssozialdemokratisch, sozialistisch oder kommunistisch – noch von Gewerkschaftsinstanzen verordnen. Dazu bedarf es einer eigenständigen Arbeiterbewegung. Das notwendige Klassenbewusstsein entwickelt sich in konkreten Auseinandersetzungen und in deren Eigendynamik. Unterschiedliche Interessen und gegensätzlichen Anschauungen innerhalb einer Belegschaft treten während des Streiks zugunsten des gemeinsamen Ziels in den Hintergrund. Durch die Geschlossenheit und die Konsequenz der Kolleginnen und Kollegen gewinnt der Kampf an Ausstrahlung und Unterstützung. Ob diese Beispiele Nachahmung finden und anderen Mut machen, wird die Zukunft zeigen. Wir können einen Beitrag



Am Tor vor CNH in Spandau

dazu leisten, wenn wir aus den gewonnenen Erfahrungen Schlussfolgerungen ziehen. Zwei Fragen drängen sich dabei auf:

1. Die streikenden Belegschaften haben erfahren müssen, wie schwer es ist, Solidarität innerhalb des Konzerns über die nationalen Grenzen hinweg herzustellen. Ihnen blieb, da sie auf die Verhältnisse in den schwedischen, polnischen oder italienischen Gewerkschaften keinen direkten Einfluss haben, nur der Appell an die Solidarität. Die Frage geht deshalb an uns selbst zurück. Wie verhalten wir uns im umgekehrten Fall, wenn polnische, spanische, südamerikanische oder südafrikanische Belegschaften unserer Solidarität bedürfen? Wie überwinden wir in Deutschland eine Gewerkschaftspolitik, die sich auf die Verteidigung des eigenen Standortes in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen beschränkt? Internationale Solidarität wird nur wirksam, wenn sie die Ebene papierener Resolutionen und verbaler Erklärungen verlässt.
2. Wie lässt sich Solidarität über die Grenzen des Konzerns in Deutschland selbst herstellen? Nur mit politischen Mitteln können wir mehr Druck auf international agierende Konzerne ausüben, auf der rein wirtschaftlichen Ebene sitzen diese immer am längeren Hebel. Damit stellt sich zwangsläufig die Frage des politischen Streiks, der bei uns verboten ist. Gewerkschaften, die sich der Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der bürgerlichen Gesetzgebung beugen, berauben sich selbst ihrer politischen Waffen. Die »französischen Verhältnisse«, die so oft als Vorbild hingestellt werden, entwickeln sich nicht von selbst, sie brauchen eine Veränderung im Denken und Handeln an der Basis.

Berlin, 23. April 2006 ■



Die CNH-Belegschaft rückt FIAT zu Leibe: Hier symbolisch auf dem Spandauer Markt